



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.11.2018**

öffentlich

Ort: im Stadthaus
Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:32 Uhr bis 18:24 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Bönisch
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Alexander Raue	AfD Stadtratsfraktion Halle
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Susanne Wildner	
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Bildung
Annerose Winter	Abteilungsleiterin Soziale Hilfen
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Steve Osterwald	Teamleiter Haushalt
Jörg Wunderlich	Fachkraft für Arbeitssicherheit
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor und

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit und die Rechtmäßigkeit der Einladung fest

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt informierte die Mitglieder, dass die Niederschrift vertagt wird. Sie bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Bestätigung der Niederschrift vom 11.10.2018 **vertagt**
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385
 - 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017, hier: Gleichstellungsprojekte
Vorlage: VI/2018/04543
 - 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/ 2018/ 04385)
Vorlage: VI/2018/04579
 - 4.1.3 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/2018/04385)
Vorlage: VI/2018/04581

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadt seniorenvertretung Stadt Halle e.V.
Vorlage: VI/2018/04148
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorstellung Gesundheits- und Arbeitsschutz der Beschäftigten der Stadtverwaltung
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Bestätigung der Niederschrift vom 11.10.2018

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385**

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017, hier: Gleichstellungsprojekte
Vorlage: VI/2018/04543**

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/ 2018/ 04385)
Vorlage: VI/2018/04579**

**zu 4.1.3 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/2018/04385)
Vorlage: VI/2018/04581**

Frau Wildner brachte den Teilhaushalt Gleichstellung ein.

Frau Dr. Schöps brachte den Änderungsantrag ein und änderte die Begründung. Die Mittel in Höhe von 72700 Euro sollen eine gute Umsetzung von Projekten ermöglichen.

Herr Gernhardt fragte, wie groß die Räumlichkeiten bei Mietkosten von 88.000 Euro sind.

Frau Wildner antwortete, dass es sich um einen Teil einer ehemaligen Kita handelt und dies ca. 800 qm umfasst.

Zur Seite 912 fragte **Herr Gernhardt**, warum die gebäudewirtschaftlichen Aufwendungen steigen.

Herr Osterwald antwortete, dass es sich dabei um eine Betriebskostenumverteilung und Unterhaltungskosten handelt.

Herr Gernhardt fragte wie eine Erhöhung von 20.000 Euro zustande kommt.

Herr Osterwald sagte, dass die Kosten unter anderem durch eine malermäßige Instandhaltung bezogen auf das jeweilige Verwaltungsgebäude je nach Bedarf.

Herr Schied fragte, ob es Pläne gibt, Büros zu sanieren oder umzuziehen, da es so gut wie bei jedem Büro in der Südstadt Kostenerhöhungen gibt.

Herr Osterwald sagte, dass für die Südpromenade Malerarbeiten und der Austausch des Bodenbelags sowie die Installation einer neuen Telefonanlage angedacht sind.

Zur Seite 919 brachte **Frau Haupt** den Punkt drei des Änderungsantrages mit der Vorlagennummer VI/2018/04581 ein.

Frau Haupt brachte den Punkt zwei des Änderungsantrages mit der Vorlagennummer VI/2018/04581 ein.

Herr Helmich antwortete, dass die Summe identisch mit den Antragssummen sein sollte, damit die Gleichbehandlung gewahrt bleibt.

Frau Haupt änderte den Antrag auf 33.100 Euro.

Herr Gernhardt bat um Erklärung des Schlüssels zur Berechnung der Gelder für Bildung und Teilhabe Leistungen.

Frau Winter erklärte, dass sich der prozentuale Anteil an den Kosten der Unterkunft orientiert. In Sachsen-Anhalt sind das nach der Revision für 2018 3,4 %. Berechnet werden die Prozente, indem die Gesamtaufwendungen der einzelnen Länder zu den Gesamtausgaben des Bundes an BuT ins Verhältnis gesetzt werden. Dieselbe Vorgehensweise wird bei der Berechnung der Anteile der Kommunen für die Kostenerstattung der Leistungen BuT angewandt.

Herr Gernhardt fragte zur Seite 947/948 warum es zu einer Verdreifachung der gebäudewirtschaftlichen Aufwendungen kommt.

Herr Osterwald antwortete, dass es sich um Betriebskosten handeln und der Brandschutz und die sanitären Einrichtungen in einer Baumaßnahme hergerichtet werden.

Herr Schied fragte, ob die Baumaßnahme sich auf den nassen Teil des Gebäudes

erstreckt?

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schachtschneider fragte, ob die Summe für das gesamte Gebäude ausreicht, wenn Brandschutzertüchtigungen angedacht sind.

Herr Osterwald antwortete, dass sich die Baumaßnahme und die Kosten auf mehrere Jahre verteilen.

Frau Haupt brachte bei Seite 950 den Punkt des Änderungsantrags VI/2018/04581 ein.

Frau Brederlow sagte, dass der Seniorenrat zum pflichtigen Bereich gehört.

Herr Raue fragte, welche Vereine in der Förderung sind.

Die Verwaltung sicherte eine Übersichtstabelle zu.

Frau Haupt brachte zur Nummer 1177 den Änderungsantrag mit der Vorlagennummer VI/2018/04579 ein. Und änderte das Wort Erträge in Aufwendungen, da es hier einen Fehler bei den Begrifflichkeiten gab.

Frau Brederlow sagte, dass es für eine zweite Suchtpräventionsfachkraft noch zu früh ist, da sie erste erst sechs Monate im Dienst ist.

Frau Dr. Gröger sagte, dass die Suchtpräventionskraft in den Tendenzgesprächen der Beratungsstellen ebenso ein Thema war und man sich darauf verständigt hat, dass die Ergebnisse der Tätigkeit der bestehenden Suchtpräventionsfachkraft abgewartet werden sollen.

Herr Senius fragte, wann mit einem Resümee zu rechnen ist.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass im Frühjahr 2019 die Suchtpräventionsfachkraft in den Ausschuss eingeladen wird.

Herr Schachtschneider sagte, dass wenn jetzt schon bekannt ist, dass der Bedarf größer ist und eine Suchtpräventionsfachkraft dies nicht abdecken kann, muss man ja kein weiteres Jahr verstreichen lassen. Er fragte, ob jetzt bekannt ist, dass der Bedarf größer ist.

Frau Dr. Gröger sagte, dass der Bedarf hoch ist, in wie weit der Bedarf durch die derzeitige Suchtpräventionsfachkraft abgedeckt werden kann, muss sie im Frühjahr vorstellen. Die Verwaltung ist derzeit der Auffassung, dass eine Suchtpräventionsfachkraft ausreichend ist.

zu 4.1.3 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/2018/04385) Vorlage: VI/2018/04581

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

Punkt 1	einstimmig zugestimmt
Punkt 2	einstimmig zugestimmt
Punkt 3	einstimmig zugestimmt
Punkt 4	einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Das Budget für Transferaufwendungen im Produkt 1.33101. Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege wird um 50.000 Euro auf insgesamt 500.000 erhöht.
2. Im Produkt 1.31220 Eingliederungsleistungen §16a sind 899.700 Euro für „Ordentliche Aufwendungen“ eingestellt. Davon sind 558.000 Euro für Beratungsstellen vorgesehen. Diese Summe wird um ~~38.000~~ **33.100** erhöht.
3. Im Produkt 1.311151 Hilfen in besonderen sozialen Schwierigkeiten stehen 514.000 Euro zur Verfügung (siehe Transferleistungen und Einnahmen unter Pflichtleistungen freier Träger). Dieses Budget wird um 36.500 Euro auf insgesamt 550.500 Euro erhöht.
4. Das Budget der Leistung Halle-Pass 1.35108.01 im Produkt 1.35108 „Sonstige soziale Angelegenheiten“ wird um 350.000 Euro auf insgesamt 427.435 Euro erhöht.

zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/ 2018/ 04385) Vorlage: VI/2018/04579

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderung

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die ~~ordentlichen Erträge~~ **Aufwendungen** im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen um 35.900 Euro zu erhöhen.

Begründung: Erfolgt mündlich

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017, hier: Gleichstellungsprojekte Vorlage: VI/2018/04543

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderung

Beschlussempfehlung:

Die Mittel im Produkt 1.11103 Gleichstellung von Frau und Mann, Zeile 13 Transferaufwendungen werden um 5.000 EUR auf insgesamt 72.700 EUR erhöht. Der neue Haushaltsansatz ist in die Mittelfristplanung für die Jahre 2020-2022 zu übernehmen.

Die Deckung erfolgt aus einer Minderung der Transferaufwendungen im Produkt 1.11101 Steuerung der Kommune.

**zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2019 mit dem Haushaltsplan 2019.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2017 zu Kenntnis.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadtseniorenvertretung Stadt Halle e.V.
Vorlage: VI/2018/04148**

Der Antragsteller vertagte den Antrag.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kostenübernahme für die Finanzierung der Geschäftsstelle des Stadtseniorenvertretung e.V. dahingehend anzupassen, dass die Beschäftigung einer Vollzeitstelle (40 h/Woche) mindestens zu Konditionen des **Mindestlohns erfolgen kann. Die Finanzierung bei Erhöhungen des Mindestlohniveaus ist** entsprechend anzupassen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten und Fraktionen vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Vorstellung Gesundheits- und Arbeitsschutz der Beschäftigten der Stadtverwaltung**

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Wunderlich stellte das Thema vor.

Herr Schachtschneider fragte, welche Maßnahmen, seitens des Arbeitgebers, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in Neustadt am Stadion, während der heißen Sommermonate, ergriffen wurden.

Herr Wunderlich antwortete, dass der Zugang zu Wasser ermöglicht wurde, die Arbeitszeitverlagerung angeboten wurde. Im DLZ Familie konnte eine Klimaanlage erfolgreich installiert werden.

Herr Czock sagte, dass der Arbeitgeber das Wasser unentgeltlich zu Verfügung zu stellen hat. Er fragte, ob die Gefährdungsbeurteilungen erst seit den letzten drei Jahren durchgeführt werden.

Herr Wunderlich sagte, dass Leitungswasser zur Verfügung gestellt wurde und die Gefährdungsbeurteilungen seit 28 Jahren durchgeführt werden.

Herr Czock fragte, ob eine Beratung zur Gesundheit am Arbeitsplatz für Arbeitnehmer individuell durchgeführt wurde.

Herr Wunderlich lud Herrn Czock ein, sich das Verfahren mal genauer vor Ort anzuschauen.

Herr Czock fragte, wie sich der Krankenstand in den letzten Jahren entwickelt hat.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 8.1 **Herr Senius zu Gehaltszahlungen bei Trägern**

Herr Senius bat um eine Übersicht, in welchem Umfang im pflichtigen Bereich auf Träger zurückgegriffen wird, die nur den Mindestlohn als Gehalt zahlen.

Herr Baus sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schachtschneider bat um Erweiterung auf den freiwilligen Bereich.

Herr Baus sagte, dass es sich bei dem freiwilligen Bereich oft um freiwillige Helfer handelt.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin